Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 2334

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 80604 — 1029/56 III

Bonn, den 25. April 1956

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zum Übereinkommen Nr. 56 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936 über die Krankenversicherung der Schiffsleute

nebst Begründung und Text des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache sowie in deutscher Übersetzung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind der Bundesminister für Arbeit und der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 157. Sitzung am 20. April 1956 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Dr. h. c. Blücher

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Rheinallee 20, Telefon 3551

Entwurf eines Gesetzes

zum Übereinkommen Nr. 56 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936 über die Krankenversicherung der Schiffsleute

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 24. Oktober 1936 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über die Krankenversicherung der Schiffsleute wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 14 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Vorbemerkung

Das Übereinkommen Nr. 56 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Oktober 1936 über die Krankenversicherung der Schiffsleute ist am 9. Dezember 1949 in Kraft getreten. Nach dem Stande vom 1. Juli 1955 ist es bisher von Belgien, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland ratifiziert worden.

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen verpflichtet die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, die dieses Übereinkommen ratifiziert haben, Schiffsleuten im Rahmen einer Pflichtversicherung bei Krankheit einen Schutz zu gewähren, der mindestens den Bestimmungen des Übereinkommens entspricht.

Versicherungspflichtig sind alle Personen, die an Bord eines Schiffes beschäftigt sind, das der Seeschiffahrt oder der Seefischerei dient und in einem Gebiete eingetragen ist, für das dieses Übereinkommen gilt. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann Ausnahmen von der Versicherungspflicht vorsehen, u. a. für Lotsen und für Personen, deren Heuer oder Einkommen eine bestimmte Grenze überschreitet (Artikel 1 Abs. 2).

Krankengeld ist bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit für die Dauer von 26 Wochen oder 180 Tagen zu gewähren, wenn der Versicherte infolge der Krankheit seiner Heuer verlustig gegangen ist (Artikel 2 Abs. 1). Als weitere Voraussetzung kann die Versicherung u. a. eine Wartefrist vorsehen (Artikel 2 Abs. 2). Sie kann ferner bestimmen, daß der Anspruch auf Krankengeld in den Fällen, in denen für den Unterhalt des Versicherten anderweitig gesorgt ist, ganz oder teilweise ruht (Artikel 2 Abs. 4). Bei einer Erkrankung im Auslande und gleichzeitigem Verlust des Heueranspruches infolge der Krankheit ist der Familie des Versicherten bis zu seiner Rückkehr ins Inland das Krankengeld zu zahlen, auf das er bei Inlandsaufenthalt Anspruch gehabt hätte (Artikel 4 Abs. 1). Die innerstaatliche Gesetzgebung kann weitere Leistungen als Zuschüsse zum Krankengeld für den Unterhalt der Familienangehörigen sowie Sach- und Barleistungen bei Erkrankungen von Familienangehörigen vorsehen (Artikel 4 Abs. 2).

Heilfürsorge ist dem Versicherten mindestens bis zum Ablauf der Frist für die Gewährung von Krankengeld zu gewähren, jedoch kann der Anspruch bei Aufenthalt an Bord oder im Ausland ruhen (Artikel 3).

Weiblichen Versicherten sowie den Ehefrauen von Versicherten ist Wochenhilfe nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechtes zu gewähren (Artikel 5).

Beim Tode des Versicherten haben die Familienangehörigen Anspruch auf Sterbegeld. Wenn eine Rentenversicherung zugunsten der Hinterbliebenen besteht, ist die Gewährung des Sterbegeldes eine Kannleistung (Artikel 6).

Auch nach Beendigung des Heuerverhältnisses sind Versicherungsleistungen für eine Zeitspanne, die gewöhnlich zwischen aufeinanderfolgenden Anheuerungen liegt, zu gewähren (Artikel 7).

Versicherte und Arbeitgeber tragen zu den Kosten der Versicherung bei (Artikel 8).

Die Versicherung ist durch Versicherungsträger auf der Grundlage der Selbstverwaltung unter Mitwirkung von Versicherten und Arbeitgebern durchzuführen. In ihrer Geschäftsführung, die nicht auf Gewinn gerichtet sein darf, und in der Verwaltung der Mittel müssen die Versicherungsträger der Staatsaufsicht unterstehen (Artikel 9).

Für Streitigkeiten über Leistungsansprüche muß den Versicherten ein Rechtsmittel gegeben sein (Artikel 10).

Die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Gesetzgebung entspricht den Normen des Übereinkommens und geht teilweise über sie hinaus.

Nach § 477 in Verbindung mit § 163 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung unterliegt der in Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens bezeichnete Personenkreis der Krankenversicherungspflicht. Von den in Artikel 1 Abs. 2 des Übereinkommens zugelassenen Ausnahmen von der Versicherungspflicht enthält das Recht der Bundesrepublik eine für Lotsen (§ 163 Abs. 2 RVO) sowie eine für Kapitäne (Schiffsführer), deren Jahresarbeitsverdienst 7200 DM übersteigt (§ 14 der Satzung der Seekasse).

Grundsätzlich werden in der Krankenversicherung der Seeleute nach Art und Höhe dieselben Leistungen gewährt wie in der allgemeinen Pflichtkrankenversicherung. Abweichungen bestehen lediglich insoweit, als sie durch die besondere Natur des Beschäftigungsverhältnisses bedingt sind.

Nach §§ 182, 183 RVO in Verbindung mit dem Erlaß des früheren Reichsarbeitsministers vom 2. November 1943 — II 11 147 Reichsarbeitsbl. II S. 485 — besteht Anspruch auf Krankenpflege und Krankengeld. Die Krankenpflege wird ohne zeitliche Begrenzung gewährt. Scheidet ein Mitglied während des Bezuges von Krankenpflege aus der Versicherung aus, so endet die Krankenpflege jedoch spätestens 26 Wochen nach dem Ausscheiden. Krankengeld wird bei Arbeitsunfähigkeit vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an mindestens für die Dauer von 26 Wochen gewährt.

Auch nach dem Ausscheiden des Versicherten aus der Versicherung infolge von Erwerbslosigkeit bleibt nach § 214 RVO der Anspruch auf die Regelleistung der Versicherung für Versicherungsfälle erhalten, die innerhalb von drei Wochen nach dem Ausscheiden eintreten.

Nach § 480 Abs. 1 RVO ruht der Anspruch auf Krankenpflege und Krankengeld, soweit nach der Seemannsordnung oder dem Handelsgesetzbuch für den Fall der Erkrankung Vorsorge getroffen ist; er ruht insbesondere, solange sich der Seemann an Bord, auf der Reise oder im Ausland befindet. In diesen Fällen hat der Reeder nach Maßgabe der §§ 59 ff. Seemannsordnung und §§ 553 ff. Handelsgesetzbuch Krankenhilfe zu gewähren. Während der Erkrankung erhält der Seemann die Heuer nach § 61 Abs. 2 Seemannsordnung,

1. wenn er die Reise nicht antritt, bis zur Einstellung des Dienstes;
2. wenn er die Reise angetreten hat, bis zu dem Tage, an dem er das Schiff verläßt.

Nach dem Verlassen des Schiffes im Ausland behält der kranke Seemann, der Angehörige ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, außer dem Anspruch auf Krankenfürsorge gegen den Reeder (§ 59 Abs. 8 Seemannsordnung) für die Dauer von 26 Wochen den Anspruch auf Zahlung von einem Drittel seiner Heuer, die unmittelbar an seine Angehörigen erfolgen kann (§ 61 Abs. 2 Seemannsordnung). Für die Zeit, für die der Versicherte Anspruch auf Krankengeld gehabt hätte, wenn er nicht im Ausland gewesen wäre, tritt daher kein völliger Verlust der Heuer ein.

Weibliche Versicherte sowie Ehefrauen von Versicherten haben Anspruch auf Wochenhilfe nach Maßgabe der §§ 195 ff., 205 RVO und der Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 24. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 69).

Beim Tode des Versicherten wird nach §§ 201 ff. RVO Sterbegeld gewährt. In Höhe der Bestattungskosten wird es an denjenigen gezahlt, der die Bestattung besorgt hat. Bezugsberechtigt für den verbleibenden Überschuß sind in erster Linie der Ehegatte oder die Kinder (§ 203 RVO).

Beim Ausscheiden aus der Versicherung wegen Erwerbslosigkeit bleibt der Anspruch auf die Regelleistungen der Versicherung für die Dauer von drei Wochen erhalten, sofern der Erwerbslose nicht bereits vorher auf Grund des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (§§ 117 bis 128 AVAVG) gegen Krankheit versichert wird (§ 214 RVO). Für Seeleute, die auf Grund des § 60 Abs. 1 Seemannsordnung oder des § 553a Handelsgesetzbuch zurückbefördert werden oder zurückkehren, beginnt die Frist von drei Wochen frühestens mit der Rückkehr ins Inland (§ 478 Abs. 2 RVO).

Die Mittel für die Seekrankenversicherung werden je zur Hälfte von den versicherungspflichtigen Seeleuten und den Reedern getragen (§ 488 RVO in Verbindung mit § 12 Sozialversicherungsanpassungsgesetz).

Die Seekrankenversicherung wird nach § 476 Abs. 1 RVO von der Seekasse durchgeführt. Für sie gelten die §§ 25 bis 27 RVO über die Verwendung der Mittel und die Anlegung des Vermögens entsprechend (§ 1372 RVO). Die Seekasse unterliegt als Sonderanstalt zur Durchführung der Invalidenversicherung der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit (§ 1379 Abs. 1 RVO). Für sie gelten ferner die Vorschriften des Gesetzes über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung (Selbstverwaltungsgesetz) vom 22. Februar 1951 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 427, berichtigt S. 600, 664), die eine Selbstverwaltung unter Mitwirkung der Versicherten und Arbeitgeber vorsehen.

Bei Streit über Leistungsansprüche steht den Versicherten der Rechtsweg vor den Sozialgerichten, Landessozialgerichten und dem Bundessozialgericht auf Grund des Sozialgerichtsgesetzes vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1239, berichtigt S. 1326) offen.

Der französische und der englische Text des Übereinkommens mit einer deutschen Übersetzung sind dem Entwurf als Anlagen beigefügt.

Zu Artikel 2

Die Berlin-Klausel entspricht der üblichen Fassung.

Zu Artikel 3

Abs. 1. Diese Vorschrift beruht auf Artikel 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Abs. 2. Das Übereinkommen tritt nach seinem Artikel 14 Abs. 3 in Verbindung mit Artikel 1 des Übereinkommens Nr. 80 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Oktober 1946 für die Bundesrepublik Deutschland ein Jahr nach der Eintragung der Ratifikation durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Kraft. Dieser Zeitpunkt ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Convention 56

Convention concernant l'Assurance-Maladie des Gens de Mer

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 6 octobre 1936 en sa vingt et unième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives à l'assurance-maladie des gens de mer, question qui est comprise dans le deuxième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-quatrième jour d'octobre mil neuf cent trentesix, la convention ci-après qui sera dénommée Convention sur l'assurance-maladie des gens de mer, 1936:

Article 1

1. Toute personne employée à bord d'un navire, autre qu'un navire de guerre, immatriculé dans un territoire pour lequel la présente convention est en vigueur et qui pratique la navigation maritime ou la pêche maritime, sera assujettie à l'assurance-maladie obligatoire, que la personne soit employée comme capitaine ou comme membre de l'équipage, ou à un autre titre au service du navire.

2. Toutefois, tout Membre de l'Organisation international du Travail pourra prévoir dans sa législation nationale telles exceptions qu'il estimera nécessaires en ce qui concerne:

a) les personnes employées à bord des navires appartenant à une autorité publique, lorsque ces navires n'ont pas une affectation commerciale;

b) les personnes dont le salaire ou le revenu dépasse une limite déterminée;

c) les personnes qui ne reçoivent pas de rémunération en espèces;

d) les personnes ne résidant pas sur le territoire du Membre;

e) les personnes qui n'ont pas atteint ou qui ont dépassé des limites d'âge déterminées;

f) les membres de la famille de l'employeur;

g) les pilotes.

Convention 56

Convention Concerning Sickness Insurance for Seamen

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Twenty-first Session on 6 October 1936, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to sickness insurance for seamen, which is included in the second item on the agenda of the Session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-fourth day of October of the year one thousand nine hundred and thirty-six the following Convention, which may be cited as the Sickness Insurance (Sea) Convention, 1936:

Article 1

1. Every person employed as master or member of the crew or otherwise in the service of the ship, on board any vessel, other than a ship of war, registered in a territory for which this Convention is in force and engaged in maritime navigation or sea-fishing, shall be insured under a compulsory sickness insurance scheme.

2. Provided that any Member of the International Labour Organisation may in its national laws or regulations make such exceptions as it deems necessary in respect of—

(a) persons employed on board vessels of public authorities when such vessels are not engaged in trade;

(b) persons whose wages or income exceed a prescribed amount;

(c) persons who are not paid a money wage;

(d) persons not resident in the territory of the Member;

(e) persons below or above prescribed age-limits;

(f) members of the employer's family;

(g) pilots.

Übereinkommen 56

Übereinkommen über die Krankenversicherung der Schiffsleute*)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 6. Oktober 1936 zu ihrer einundzwanzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Krankenversicherung der Schiffsleute, eine Frage, die den zweiten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 24. Oktober 1936, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Krankenversicherung der Schiffsleute, 1936, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Versicherungspflichtig sind alle Personen, die an Bord eines der Seeschiffahrt oder der Seefischerei dienenden Schiffes als Schiffsführer oder als Mitglied der Besatzung oder in anderer Weise im Dienste des Schiffes beschäftigt sind, sofern dieses in einem Gebiet, für das dieses Übereinkommen gilt, eingetragen und kein Kriegsschiff ist.

2. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation kann jedoch in seiner innerstaatlichen Gesetzgebung die ihm etwa erforderlich erscheinenden Ausnahmen vorsehen für

a) Personen, die an Bord von Schiffen der Behörden beschäftigt sind, wenn diese Schiffe nicht der Handelsschiffahrt dienen,

b) Personen, deren Heuer oder Einkommen eine bestimmte Grenze überschreitet,

c) Personen, die keine Barheuer erhalten,

d) Personen, die ihren Wohnsitz nicht im Gebiet des Mitgliedes haben,

e) Personen, deren Alter unter oder über einer bestimmten Grenze liegt,

f) Familienangehörige des Arbeitgebers,

g) Lotsen.

*) Veröffentlicht in der Fassung des Übereinkommens Nr. 80 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Oktober 1946.

Article 2

1. L'assuré, incapable de travailler et privé de salaire par suite de maladie, a droit à une indemnité en espèces au moins pendant les vingt-six premières semaines ou pendant les cent quatre-vingts premiers jours d'incapacité, à compter du premier jour indemnisé.

2. Le droit à indemnité peut être subordonné à l'accomplissement d'un stage et à l'expiration d'un délai d'attente de quelques jours, à compter du début de l'incapacité.

3. Le taux de l'indemnité accordée conformément à la présente convention ne doit jamais être inférieur à celui qui est fixé par le régime général d'assurance-maladie obligatoire, si un tel régime existe mais ne vise pas les gens de mer.

4. L'indemnité peut être suspendue:

a) tant que l'assuré se trouve à bord ou à l'étranger;

b) tant que l'assuré est entretenu aux frais de l'assurance ou de fonds publics; toutefois, la suspension ne sera que partielle pour l'assuré qui a des charges de famille;

c) tant que l'assuré reçoit déjà, par ailleurs, en vertu de la loi, et pour la même maladie, une autre allocation; dans ce cas, la suspension sera totale ou partielle, selon que cette dernière allocation est équivalente ou inférieure à l'indemnité payable en vertu du régime d'assurance-maladie.

5. L'indemnité peut être réduite ou supprimée en cas de maladie résultant d'une faute intentionnelle de l'assuré.

Article 3

1. L'assuré a droit, gratuitement, à partir du début de la maladie et au moins jusqu'à l'expiration de la période prévue pour l'attribution de l'indemnité de maladie, au traitement par un médecin dûment qualifié, ainsi qu'à la fourniture de médicaments et de moyens thérapeutiques de qualité et quantité suffisantes.

2. Toutefois, une participation aux frais de l'assistance peut être demandée à l'assuré dans des conditions à fixer par la législation nationale.

3. L'assistance peut être suspendue tant que l'assuré se trouve à bord ou à l'étranger.

Article 2

1. An insured person who is rendered incapable of work and deprived of his wages by reason of sickness shall be entitled to a cash benefit for at least the first twenty-six weeks or one hundred and eighty days of incapacity from and including the first day for which benefit is payable.

2. The right to benefit may be made conditional upon the completion of a qualifying period and of a waiting period of a few days to be counted from the beginning of the incapacity.

3. The cash benefit granted to the insured person shall never be fixed at a rate lower than that fixed by the general scheme of compulsory sickness insurance, where such a scheme exists but does not apply to seamen.

4. Cash benefit may be withheld—

(a) while the insured person is on board or abroad;

(b) while the insured person is maintained by the insurance institution or from public funds. Provided that in such case it shall only partially be withheld when the insured person has family responsibilities;

(c) while in respect of the same illness the insured person receives compensation from another source to which he is entitled by law, so however that in such case benefit shall only be wholly or partially withheld if and so far as such compensation is equal to or less than the amount of the benefit payable under the sickness insurance scheme.

5. Cash benefit may be reduced or refused in the case of sickness caused by the insured person's wilful misconduct.

Article 3

1. The insured person shall be entitled free of charge, as from the commencement of his illness and at least until the period prescribed for the grant of sickness benefit expires, to medical treatment by a fully qualified medical practitioner and to the supply of proper and sufficient medicines and appliances.

2. Provided that the insured person may be required to pay such part of the cost of medical benefit as may be prescribed by national laws or regulations.

3. Medical benefit may be withheld while the insured person is on board or abroad.

Artikel 2

1. Der krankheitshalber arbeitsunfähige und seiner Heuer verlustig gegangene Versicherte hat Anspruch auf Krankengeld während mindestens der ersten sechsundzwanzig Wochen oder der ersten einhundertachtzig Tage der Arbeitsunfähigkeit, gerechnet vom ersten Unterstützungstag an.

2. Der Anspruch auf Krankengeld kann durch eine Mindestdauer der Mitgliedschaft sowie durch eine Wartefrist von einigen Tagen, vom Beginn der Arbeitsunfähigkeit an gerechnet, bedingt werden.

3. Das nach diesem Übereinkommen zu gewährende Krankengeld darf keineswegs geringer sein als das Krankengeld, das in der etwa bestehenden, aber auf Schiffsleute nicht anwendbaren allgemeinen Pflichtversicherung gegen Krankheit festgesetzt ist.

4. Der Anspruch auf Krankengeld kann ruhen

a) solange der Versicherte sich an Bord oder im Auslande befindet,

b) solange der Versicherte auf Kosten der Versicherung oder aus öffentlichen Mitteln verpflegt wird, wobei das Krankengeld jedoch nur teilweise ruht, wenn der Versicherte für den Unterhalt von Familienangehörigen zu sorgen hat,

c) solange der Versicherte wegen der gleichen Krankheit aus anderer Quelle von Gesetzes wegen eine andere Entschädigung erhält, in welchem Falle das Krankengeld ganz oder teilweise ruht, je nachdem ob jene Leistung das Ausmaß des nach der Krankenversicherung zu gewährenden Krankengeldes erreicht oder nicht.

5. Das Krankengeld kann im Falle einer vom Versicherten absichtlich herbeigeführten Krankheit ganz oder teilweise versagt werden.

Artikel 3

1. Der Versicherte hat vom Beginn der Krankheit an und mindestens bis zum Ablauf der Frist, die für den Bezug von Krankengeld festgesetzt ist, Anspruch auf unentgeltliche Behandlung durch einen approbierten Arzt sowie auf Versorgung mit Arznei und Heilmitteln in ausreichender Beschaffenheit und Menge.

2. Doch kann dem Versicherten eine Beteiligung an den Kosten der Krankenpflege zu den von der innerstaatlichen Gesetzgebung festgesetzten Bedingungen auferlegt werden.

3. Der Anspruch auf Krankenpflege kann ruhen, solange sich der Versicherte an Bord oder im Ausland befindet.

4. Chaque fois que les circonstances l'exigent, l'institution d'assurance peut pourvoir à l'hospitalisation du malade en lui accordant, outre l'assistance médicale et les soins nécessaires, l'entretien complet.

Article 4

1. Lorsque l'assuré se trouve à l'étranger et a perdu son droit au salaire, même partiel, pour cause de maladie, l'indemnité à laquelle il aurait eu droit s'il n'avait pas été à l'étranger doit être payée à sa famille, en tout ou en partie, jusqu'à son retour sur le territoire du Membre.

2. La législation nationale peut prescrire ou autoriser l'attribution des prestations suivantes:

a) suppléments à l'indemnité prévue à l'article 2 lorsque l'assuré a des charges de famille;

b) secours en nature ou en espèces en cas de maladie des membres de la famille de l'assuré vivant dans son ménage et à sa charge.

Article 5

1. La législation nationale doit établir les conditions dans lesquelles l'assuré se trouvant sur le territoire du Membre a droit à des prestations en cas de maternité.

2. La législation nationale peut établir les conditions dans lesquelles la femme de l'assuré, tant qu'elle se trouve sur le territoire du Membre, bénéficie des prestations en cas de maternité.

Article 6

1. Au décès de l'assuré, une indemnité dont le montant est déterminé par la législation nationale doit être versée aux membres de la famille du décédé, ou affectée aux frais des funérailles.

2. Lorsqu'un système de pension est en vigueur au profit des ayants droit des marins décédés, l'attribution de l'indemnité prévue au paragraphe précédent n'est pas obligatoire.

Article 7

Le bénéfice de l'assurance doit être accordé, même pour les maladies survenant au cours d'une période déterminée, après la fin du dernier engage-

4. Whenever the circumstances so require, the insurance institution may provide for the treatment of the sick person in hospital and in such case shall grant him full maintenance together with the necessary medical attention and care.

Article 4

1. When the insured person is abroad and by reason of sickness has lost his right to wages, whether previously payable in whole or in part, the cash benefit to which he would have been entitled had he not been abroad shall be paid in whole or in part to his family until his return to the territory of the Member.

2. National laws or regulations may prescribe or authorise the provision of the following benefits:

(a) when the insured person has family responsibilities, a cash benefit additional to that provided for in Article 2;

(b) in case of the sickness of members of the insured person's family living in his home and dependent on him, aid in kind or in cash.

Article 5

1. National laws or regulations shall prescribe the conditions under which an insured woman, while in the territory of the Member, shall be entitled to maternity benefit.

2. National laws or regulations may prescribe the conditions under which the wife of an insured man, while in the territory of the Member, shall be entitled to maternity benefit.

Article 6

1. On the death of the insured person, a cash benefit of an amount prescribed by national laws or regulations shall be paid to the members of the family of the deceased or be applied for defraying the funeral expenses.

2. Where there is in force a pension scheme for the survivors of deceased seamen, the grant of the cash benefit provided for in the preceding paragraph shall not be compulsory.

Article 7

The right to insurance benefit shall continue even in respect of sickness occurring during a definite period after the termination of the last engage-

4. Der Versicherungsträger kann, wenn die Umstände es erfordern, den Kranken in einer Krankenanstalt unterbringen; in diesem Falle hat er ihm außer Arzthilfe und der erforderlichen Pflege vollen Unterhalt zu gewähren.

Artikel 4

1. Befindet sich der Versicherte im Ausland und hat er infolge von Krankheit seinen Anspruch auf die Heuer, ohne Rücksicht darauf, ob sie vorher ganz oder zum Teil zu zahlen war, verloren, so ist das Krankengeld, auf das er Anrecht hätte, wenn er nicht im Ausland gewesen wäre, bis zu seiner Rückkehr in das Gebiet des Mitgliedes ganz oder teilweise seiner Familie auszuzahlen.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann die Gewährung folgender Leistungen vorschreiben oder zulassen:

a) Zuschüsse zu dem in Artikel 2 vorgesehenen Krankengeld, wenn der Versicherte für den Unterhalt von Familienangehörigen zu sorgen hat,

b) Sach- oder Barleistungen bei Erkrankungen von Familienangehörigen des Versicherten, die in seinem Haushalt leben und von ihm unterhalten werden.

Artikel 5

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung hat die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen eine Versicherte, die sich im Gebiet des Mitgliedes befindet, Anspruch auf Leistungen der Wochenhilfe besitzt.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann die Voraussetzungen bestimmen, unter denen die Ehefrau des Versicherten, solange sie sich im Gebiet des Mitgliedes befindet, Leistungen der Wochenhilfe erhält.

Artikel 6

1. Beim Tode des Versicherten ist seinen Familienangehörigen ein Sterbegeld in gesetzlich zu bestimmender Höhe auszuzahlen oder zur Deckung der Bestattungskosten zu verwenden.

2. Wenn eine Rentenversicherung zugunsten der Hinterbliebenen verstorbener Schiffsleute besteht, ist die Gewährung des im vorstehenden Absatz vorgesehenen Sterbegeldes keine Pflichtleistung.

Artikel 7

Die Leistungen der Versicherung sind auch bei Krankheiten zu gewähren, die noch während einer bestimmten Frist nach Beendigung des letzten Heuer-

ment. Cette période doit être fixée par la législation nationale de façon à couvrir le temps qui s'écoule normalement entre des engagements successifs.

Article 8

1. Les assurés et leurs employeurs doivent participer à la constitution des ressources de l'assurance.

2. La législation nationale peut prévoir une contribution financière des pouvoirs publics.

Article 9

1. L'assurance-maladie doit être gérée par des institutions autonomes placées sous le contrôle administratif et financier des pouvoirs publics et ne poursuivant aucun but lucratif.

2. Les assurés, et, s'il s'agit d'institutions d'assurance créées en vertu de la loi spécialement au profit des gens de mer, les employeurs, doivent participer à la gestion des institutions dans des conditions déterminées par la législation nationale, qui peut prévoir également la participation d'autres intéressés.

3. Toutefois, la gestion de l'assurance-maladie peut être assumée directement par l'Etat lorsque et aussi longtemps que la gestion par des institutions autonomes est rendue difficile ou impossible en raison des conditions nationales.

Article 10

1. L'assuré doit avoir un recours en cas de litige au sujet de son droit aux prestations.

2. Les litiges doivent être soumis à une procédure rapide et peu coûteuse pour l'assuré, soit par leur dévolution à des juridictions spéciales, soit par tout autre moyen que la législation nationale estime approprié.

Article 11

Rien dans la présente convention n'affecte toute loi, toute sentence, toute coutume ou tout accord entre les armateurs et les marins qui assure des conditions plus favorables que celles prévues par la présente convention.

Article 12

1. En ce qui concerne les territoires mentionnés par l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, tout Membre de

ment, which period shall be fixed by national laws or regulations in such a way as to cover the normal interval between successive engagements.

Article 8

1. The insured persons and their employers shall share in providing the financial resources of the sickness insurance scheme.

2. National laws or regulations may provide for a financial contribution by the public authorities.

Article 9

1. Sickness insurance shall be administered by self-governing institutions, which shall be under the administrative and financial supervision of the public authorities and shall not be carried on with a view to profit.

2. Insured persons, and in the case of insurance institutions set up specially for seamen under laws or regulations the employers also, shall participate in the management of the institutions under such conditions as may be prescribed by national laws or regulations, which may also provide for the participation of other persons concerned.

3. Provided that the administration of sickness insurance may be undertaken directly by the State where and so long as its administration by self-governing institutions is rendered difficult or impossible by reason of national conditions.

Article 10

1. The insured person shall have a right of appeal in case of dispute concerning his right to benefit.

2. The procedure for dealing with disputes shall be rendered rapid and inexpensive for the insured person by means of special courts or any other method deemed appropriate under national laws or regulations.

Article 11

Nothing in this Convention shall affect any law, award, custom or agreement between shipowners and seamen which ensures more favourable conditions than those provided by this Convention.

Article 12

1. In respect of the territories referred to in Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation, each Member of the

verhältnisses eintreten. Diese Frist ist von der innerstaatlichen Gesetzgebung so festzusetzen, daß sie die Zeitspanne deckt, die gewöhnlich zwischen aufeinanderfolgenden Anheuerungen liegt.

Artikel 8

1. Die Versicherten und ihre Arbeitgeber tragen zu den Kosten der Versicherung bei.

2. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln vorsehen.

Artikel 9

1. Die Krankenversicherung wird durch Versicherungsträger durchgeführt, die Selbstverwaltungsrecht haben, in ihrer Geschäftsführung und in der Verwaltung ihrer Mittel unter Staatsaufsicht stehen und nicht auf Gewinn abzielen.

2. Die Versicherten — und bei Versicherungsträgern, die auf Grund des Gesetzes besonders zugunsten der Schiffsleute errichtet worden sind, die Arbeitgeber — haben nach Maßgabe der innerstaatlichen Gesetzgebung, die auch die Hinzuziehung anderer Beteiligter vorsehen kann, an der Verwaltung der Versicherungsträger mitzuwirken.

3. Die Versicherung kann jedoch vom Staat selbst durchgeführt werden, wenn und solange die Selbstverwaltung infolge besonderer Verhältnisse erschwert oder unmöglich ist.

Artikel 10

1. Bei Streitigkeiten über Leistungsansprüche steht dem Versicherten ein Rechtsmittel zu.

2. Die Streitigkeiten sind einem raschen und für den Versicherten wenig kostspieligen Verfahren entweder durch Verweisung an besondere Spruchstellen oder auf eine andere, nach der innerstaatlichen Gesetzgebung für zweckmäßig erachtete Weise zu unterwerfen.

Artikel 11

Soweit kraft Gesetz, Entscheidung, Gewohnheit oder Vereinbarung zwischen Reedern und Schiffsleuten günstigere Bedingungen gelten, als in diesem Übereinkommen vorgesehen sind, werden diese durch die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht berührt.

Artikel 12

1. Für die in Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation genannten Gebiete hat jedes Mitglied der Organisation, das dieses

l'Organisation qui ratifie la présente convention doit accompagner sa ratification d'une déclaration faisant connaître:

a) les territoires pour lesquels il s'engage à appliquer sans modifications les dispositions de la convention;

b) les territoires pour lesquels il s'engage à appliquer les dispositions de la convention avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;

c) les territoires pour lesquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;

d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés partie intégrante de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer par une nouvelle déclaration à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) ou d) du paragraphe premier du présent article.

Organisation which ratifies this Convention shall append to its ratification a declaration stating—

(a) the territories in respect of which it undertakes to apply the provisions of the Convention without modification;

(b) the territories in respect of which it undertakes to apply the provision of the Convention subject to modifications, together with details of the said modifications;

(c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;

(d) the territories in respect of which it reserves its decision.

2. The undertakings referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservations made in its original declaration in virtue of subparagraphs (b), (c) or (d) of paragraph 1 of this Article.

Übereinkommen ratifiziert, der Ratifikation eine Erklärung beizufügen, die die Gebiete bekanntgibt,

a) in denen es die Bestimmungen dieses Übereinkommens unverändert durchzuführen sich verpflichtet,

b) in denen es die Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Abänderungen durchzuführen sich verpflichtet, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abänderungen,

c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,

d) für die es sich die Entscheidung vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und sind in gleicher Weise verbindlich.

3. Jedes Mitglied kann die Vorbehalte, die es in seiner früheren Erklärung nach Absatz 1 b), c) oder d) dieses Artikels gemacht hat, durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

Article 13

Les ratifications officielles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 13

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Artikel 13

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Article 14

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 14

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Artikel 14

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Article 15

Aussitôt que les ratifications de deux Membres de l'Organisation internationale du Travail auront été enregistrées, le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail. Il leur notifiera également l'enregistrement des ratifications qui lui seront ultérieurement communiquées par tous autres Membres de l'Organisation.

Article 15

As soon as the ratifications of two Members of the International Labour Organisation have been registered, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the International Labour Organisation. He shall likewise notify them of the registration of ratifications which may be communicated subsequently by other Members of the Organisation.

Artikel 15

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation eingetragen worden sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Article 16

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail, et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années, et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 17

A l'expiration de chaque période de dix années à compter de l'entrée en vigueur de la présente convention, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail devra présenter à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et décidera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa revision totale ou partielle.

Article 18

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant revision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant revision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 16 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant revision soit entrée en vigueur;

b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

Article 19

Les textes français et anglais de la présente convention feront foi l'un et l'autre.

Article 16

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 17

At the expiration of each period of ten years after the coming into force of this Convention, the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall consider the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 18

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides,

(a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 16 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

(b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 19

The French and English texts of this Convention shall both be authentic.

Artikel 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 17

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens jeweils bei Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 18

1. Nimmt die Allgemeine Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 16, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 19

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Bundesdruckerei Bonn 7112 4. 56